

Bauernbund Brandenburg christlich – konservativ – heimatverbunden

Liebe Berufskollegen,

wenn Sie diesen Rundbrief lesen, liegen Bundes- und Landtagswahl bereits hinter uns. Vor uns liegt eine Bestandsaufnahme und das Nachdenken über eine Strategie, wie wir unter den politischen Verhältnissen der nächsten vier Jahre unsere Interessen am besten vertreten können.

Auch die Ernte liegt hinter uns, und es ist schon eine gute Tradition, dass wir uns im Herbst nochmal treffen, um gemeinsam die arbeitsreiche Zeit ausklingen zu lassen und aktuelle Fragen zu besprechen. Am 27. Oktober sind wir zu Gast im Oderland – das Programm finden Sie auf der Seite 22. Wir wollen den Oderbruchbauern den Rücken stärken im Kampf gegen die CO2-Endlager und unsere nächsten berufspolitischen Aktivitäten planen. Also: Bis bald im Oderland!

*Karsten Jennerjahn
Präsident*

ILB-Kredite verlängern nur noch das Elend Interview in der Märkischen Allgemeinen vom 25. August 2009

MAZ: Die Preise für Milch und Getreide sind miserabel, die Erlöse für Fleisch auch nicht berauschend. Haben Sie schon einen Antrag auf zinsverbilligte Kredite bei der Investitionsbank gestellt?

Jung: Nein. Es stimmt zwar, dass die Preise schlecht sind, aber die relativ gute Ernte hat einiges wieder aufgefangen. Wir jammern nicht. Katastrophal sind allerdings die Milchpreise. Seit mehr als einem halben Jahr machen die Betriebe Verluste.

MAZ: Genau dafür gibt es ja die ILB-Kredite. Sie sollen finanzielle Engpässe überbrücken.

Jung: Und verlängern damit nur noch das Elend. Die ILB-Kredite sind Ausdruck einer völlig konfusen Milchpolitik. Das Problem bei der Milch ist doch, dass zuviel produziert wird. Es gibt nur zwei Wege, das zu ändern: Entweder Mengensteuerung oder Marktberreinigung. Wenn man – wie unser Agrarminister – auf Marktberreinigung setzt, dann ist es völlig unlogisch, jetzt Betriebe künstlich am Leben zu erhalten. Das schadet denen, die weiter melken wollen.

MAZ: Also lieber angeschlagene Betriebe in die Pleite rutschen lassen?

Jung: Das wäre jedenfalls die logische Konsequenz der Strategie, die Agrarminister und Bauernverband bisher verfolgt haben. Marktberreinigung bedeutet, dass Betriebe aus der Milchproduktion ausscheiden. Und das verhindern die Kredite. Aber bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Eigentlich wollen wir das alles überhaupt nicht. Wir fordern eine Mengensteuerung. Über die Milchquote wäre es nach wie vor möglich, die Menge zu reduzieren.

MAZ: Damit rufen Sie natürlich nach dem Staat ...

Jung: Richtig, aber es ist ein Unterschied, ob der Staat Trostpflaster an wenige verteilt oder bessere Rahmenbedingungen für alle schafft. Zweimal hat Bayern den guten Vorschlag in den Bundesrat eingebracht, die Milchquote um fünf Prozent zu senken, zweimal wurde dieser Vorschlag abgelehnt – auch von unserem Agrarminister. Das ist um so unverständlicher, als zu befürchten ist, dass gerade in Brandenburg viele Milchviehbetriebe aufgeben werden.

MAZ: Warum sollten die vergleichsweise großen Betriebe gerade in Brandenburg aufgeben?

Jung: Weil sie es sich leisten können. Weil die Betriebe hier erstens Alternativen haben, vor allem durch den Ackerbau, und zweitens, weil sie in den letzten Jahren nicht in Größenordnungen in die Milch investiert haben. Das gilt für Ostdeutschland insgesamt. Die spezialisierten Milchviehbetriebe im Westen, etwa im Allgäu oder im Elbe-Weser-Dreieck, haben vielfach neue Kuhställe gebaut. Die müssen durchhalten, ob sie wollen oder nicht.

MAZ: Sie sehen einen Investitionsstau bei den ostdeutschen Milcherzeugern?

Jung: Leider ja. Eine Melkanlage ist nach etwa 15 Jahren verschlissen. Derzeit gibt es in Brandenburg rund 600 Milchviehbetriebe. Im Durchschnitt müssten also 40 Melkanlagen pro Jahr erneuert werden. Nach den Zahlen des Landeskontrollverbandes für Milch waren es aber nur jeweils sieben im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Wenn das so weiter geht, bleibt kein Kuhschwanz übrig.

MAZ: So dramatisch?

Jung: Wir haben doch heute schon kaum noch Kühe. Ein Drittel der deutschen Agrarflächen entfallen auf die neuen Länder. Aber nur ein Vierzehntel der deutschen Milch wird im Osten produziert. Und an der Milchproduktion hängen Arbeitsplätze. Eigentlich können wir uns das überhaupt nicht leisten, dass auch nur ein einziger Kuhstall dicht gemacht wird. Deshalb ist aus ostdeutscher Sicht die Marktberreinigung, mit oder ohne ILB-Kredite, ein totaler Irrweg.

MAZ: Was erwarten Sie von der Politik?

Jung: 106 von 109 befragten Milcherzeugern aus den Landkreisen Prignitz und Ostprignitz-Ruppin haben sich Ende Juli mit ihrer Unterschrift für eine Mengensteuerung ausgesprochen. Ich erwarte vom Agrarminister, dass er endlich aufhört, Politik gegen die Milchbauern zu machen.

Pressemitteilung, 10. Juli 2009

Oderbruchbauern machen mobil gegen CO2-Endlager

“Wir lassen uns nicht enteignen und wir lassen unsere Heimat nicht verseuchen”, erklärt Manfred Wercham, Vorstandsmitglied des Bauernbundes Brandenburg. Unter dem Motto “Wir verteidigen unser Land” hat der 56jährige Landwirt, der in Wilhelmsaue einen 230-Hektar Ackerbaubetrieb bewirtschaftet, unter Berufskollegen Unterschriften gegen das im Oderbruch geplante CO2-Endlager gesammelt. 75 Landwirtschaftsbetriebe mit mehr als 30.000 ha und damit praktisch das gesamte Oderbruch untersagen in dem Schreiben der Fima Vattenfall, ihre landwirtschaftliche Flächen zu betreten. Sogar der obrigkeitshörige Bauernverband beteiligt sich inzwischen an der Aktion. Weil die Landwirte, die teilweise auch Jäger sind, ihre Flächen regelmäßig kontrollieren, ist sichergestellt, dass das Verbot eingehalten wird. Damit hat sich die Landwirtschaft an die Spitze des Widerstands gegen die von der Landesregierung befürwortete Endlagerung gesetzt.

“Das CO2-Endlager bedroht unser Grundwasser und im Endeffekt uns alle”, ist Wercham überzeugt. Durch die unterirdische Lagerung von CO2 soll angeblich die Braunkohleverstromung klimafreundlicher werden. In Wirklichkeit werde für die energieaufwändige Verflüssigung und Verpressung von CO2 mehr als 30 Prozent mehr Brennstoff benötigt, die Lagerkapazitäten reichten höchstens 40 Jahre, gleichzeitig entstehe in den betroffenen Regionen ein gravierendes Sicherheitsrisiko für alle Zukunft, kritisiert der Bauernbund.

Um künftig begründet gegenüber Politik und Verwaltung argumentieren zu können, hat der Vorstand des Bauernbundes Brandenburg ein Positionspapier zu den geplanten CO2-Endlagern ausgearbeitet. Es ist nachfolgend veröffentlicht und kann auch als Ausdruck oder PDF über die Geschäftsstelle bestellt werden: (038791) 80200 oder jung@bauernbund-brandenburg.de.

Positionspapier des Bauernbundes Brandenburg zu den geplanten Endlagern für Kohlendioxid in Neutrebbin und in Beeskow

CCS zielt darauf ab, Kohlendioxid, das überwiegend von Kohlekraftwerken ausgestoßen wird, abzuscheiden, zu verflüssigen und unter hohem Druck in tiefen Gesteinsschichten zu verpressen. Dazu bieten sich nach Meinung von Wissenschaftlern die salzwasserführenden Sandsteinschichten in großen Teilen Norddeutschlands an.

Zunächst zum angeblichen Nutzen, der im wesentlichen aus der Legende besteht, mit der Hochtechnologie CCS ließe sich die Kohleverstromung langfristig klimaverträglich gestalten.

1. ist CCS bei weitem nicht CO₂-frei, vielmehr gehen bei dem Verfahren nach wie vor etwa 30 Prozent des bisherigen Kohlendioxidausstoßes in die Luft.
2. erfordert CCS für Abscheidung, Verflüssigung, Transport und Verpressung einen hohen Energieaufwand. Die Technologie steigert den Brennstoffbedarf der Kraftwerke um bis zu 40 Prozent. Um CCS zu ermöglichen, müsste also deutlich mehr Kohle verbrannt werden als bisher mit allen ökonomischen und ökologischen Folgen.
3. kommen bei CCS zu den Kosten der verminderten Energieeffizienz noch Aufwendungen für Erkundung, Betrieb, Versiegelung und Überwachung der Endlager hinzu, die freilich – so die Vorstellungen der Kraftwerksbetreiber – nach 30 Jahren dem Staat übergeholfen werden sollen.
4. ist bis dahin vermutlich ohnehin Schluss mit CCS, denn nach Aussage der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe liegt das „Potential“ für unterirdische Gaslager in Deutschland lediglich bei 22 +/- 8 Milliarden Tonnen. Rechnet man die angestrebte Einlagerung von jährlich 350 Millionen Tonnen Kohlendioxid aus den Kraftwerken dagegen, ergibt sich ein gesicherter Einlagerungszeitraum von gerade mal 40 Jahren. Kommt noch das Kohlendioxid aus der industriellen Produktion dazu, vermindert dieser sich entsprechend.

Statt konsequent auf die in aller Welt boomenden regenerativen Energien zu setzen – Wind, Sonne, Erdwärme, nachwachsende Rohstoffe – verlängert CCS mit einem irrsinnigen ökonomischen Aufwand für eine lächerlich kurze Zeit eine Form der Stromerzeugung, von der viele schon beim Zusammenbruch der DDR wussten, das sie keine Zukunft hat.

CCS sei völlig ungefährlich, heißt es aus dem Munde der Befürworter und tatsächlich erdreisten sich die bezahlten PR-Strategen von Vattenfall, als Beleg dafür die Kohlensäure aus dem Mineralwasser anzuführen. Als Landwirte wissen wir, dass Gift immer eine Frage der Menge und der Konzentration ist. Salzsäure ist auch völlig ungefährlich, jeder von uns hat Salzsäure in seinem Körper. Trotzdem verträgt der Mensch nicht allzuviel davon ...

So fragwürdig, wie Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit von CCS sind, so unsicher sind auch die Auswirkungen dieser Technologie auf Mensch und Umwelt.

1. entsteht bei CCS – aus der Verbindung von Kohlendioxid mit Wasser – aggressive Kohlensäure. Niemand kann sagen, wie diese in hohen Konzentrationen langfristig reagiert. Zu befürchten ist, dass die Kohlensäure bislang dichte Gesteinsschichten mit der Zeit schädigt und durchlässig macht. Auch eine seitliche Ausbreitung des Kohlendioxids bzw. der Kohlensäure an den Rändern der Lagerstätten ist nicht auszuschließen.
2. findet CCS unter hohem Druck statt. Das Kohlendioxid wird ins Erdreich verpresst und verdrängt zumindest teilweise dort vorhandenes Salzwasser. Überhaupt nicht geklärt ist, wie dieses Verfahren sich auf Bodenverhältnisse und Grundwasser auswirkt, etwa wohin das verdrängte Salzwasser sich bewegt. Auch die Frage, welche Auswirkungen tektonische und geologische Formungsprozesse auf die unterirdischen Lager haben, ist unbeantwortet.

- geht CCS nach derzeitigem Stand von einer 95%igen Reinheit des Kohlendioxids aus. Fünf Prozent der verflüssigten Abgase sind andere Stoffe aus der Verbrennung in den Kraftwerken. Schon bei der in der Anfangsphase für Neutrebbin vorgesehenen Einlagerung von jährlich drei Millionen Tonnen sind das dann mal eben 150.000 Tonnen Phenole, Dioxine und was sonst noch so anfällt, die wir direkt unter unserem Grundwasser beerdigen.

Angesichts der Vielzahl der Risiken ist eine Leckage nicht mit Sicherheit auszuschließen. Da konzentriertes Kohlendioxid eine höhere Dichte hat als Luft, würde es sich bei Austritt in Kellern und Niederungen sammeln. Für den Menschen ist bereits ein Anteil von acht Prozent in der Atemluft tödlich. Im günstigsten Fall würden die Regionen um Neutrebbin und Beeskow „nur“ eine Industriedeponie mit vielfältigen Einschränkungen, unter anderem dem Verzicht auf Nutzung von Erdwärme. Geht jedoch irgendetwas schief, wäre dies gleichbedeutend mit einer dauerhaften Verseuchung der Regionen.

Deshalb lehnt der Bauernbund Brandenburg CCS grundsätzlich und überall als unverantwortlich ab.



Ansprechpartner des Bauernbundes Brandenburg zu allen Fragen, die CCS bzw. die geplanten CO₂-Endlager betreffen, ist unser Vorstandsmitglied Manfred Wercham. Er bewirtschaftet mit seiner Familie einen 230-Hektar-Ackerbaubetrieb im Oderbruch und hat sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Sie erreichen ihn unter folgender Adresse:

*Manfred Wercham, Dorfstraße 30, 15324 Wilhelmsaue
Telefon (033475) 5 01 43 oder (0170) 2 30 60 37
www.co2bombe.de*

Pressemitteilung, 5. September 2009

Bauernbund unterstützt Forderung nach Energiewende

Anlässlich der heute in Berlin stattfindenden Demonstration für eine Energiewende stellt sich der Bauernbund Brandenburg auf die Seite der Atom- und Kohlekraftgegner. “Die alten Großtechnologien haben ausgedient, weil wir unser Land nicht zu einem riesigen Endlager für risikobehaftete Rückstände machen können”, erklärte Vorstandsmitglied Manfred Wercham, Ackerbauer aus dem Oderland: “Die Zukunft gehört dezentral nutzbaren Energieträgern wie Sonne, Wind, Erdwärme und Biomasse.” Außerdem könne noch sehr viel Energie eingespart werden. Bei der künftigen Energieversorgung Deutschlands werde die Landwirtschaft eine immer größere Rolle spielen, ist Wercham überzeugt.

Gentechnikfreie Regionen im Vormarsch

Volker Rottstock erhält den Umweltpreis des Landes Brandenburg



Unser Mitglied Volker Rottstock, Initiator der Gentechnikfreien Region Fläming, ist für sein Engagement mit dem Umweltpreis des Landes Brandenburg ausgezeichnet worden. Rottstock bewirtschaftet mit seiner Familie einen 220-Hektar-Biobetrieb in Deutsch Bork mit Mutterkuhhaltung, Gänsemast, Getreide, Saatgutvermehrung, und Kartoffelvermarktung. Vor drei Jahren gründete er mit 20 Berufskollegen die Initiative “Felder ohne Gentechnik im Fläming”. Inzwischen gehören mehr als 60 Landwirtschaftsbetriebe mit über 16.000 Hektar zu dem Bündnis – ökologisch wie konventionell wirtschaftende Landwirte, Familienbetriebe wie Agrargenossenschaften. Durch beharrliche Überzeugungsarbeit erreichte Rottstock außerdem, dass Betriebe, die Genmaisbau in der Region angemeldet hatten, ihre Anträge wieder zurückzogen.

Weitere Gentechnikfreie Regionen mit zusammen weit mehr als 100.000 Hektar gibt es auch im Spreewald, im Oderland, im Barnim und in der Prignitz. Wer sich für das Thema interessiert, kann sich wenden an Volker Rottstock, Dorfstraße 37, 14822 Deutsch Bork, Telefon (033748) 7 03 85 oder (0172) 5 96 71 93, biohof.rottstock@t-online.de, www.flaemingenhein.de

Kein Anschlusszwang an öffentliche Wasserversorgung Lutz-Uwe Kahn führt ein Musterverfahren für Landwirte durch

Man darf sich nicht alles gefallen lassen, ist die Devise von Nebenerwerbslandwirt Lutz-Uwe Kahn, der im havelländischen Kleßen 10 Hektar und einen großen Garten bewirtschaftet. Um seinen privaten Brunnen weiter nutzen zu können, ging er gegen einen Bußgeldbescheid des Wasser- und Abwasserverbandes Rathenow vor, beantragte Teilbefreiung vom Anschlusszwang und reichte zuletzt eine Untätigkeitsklage gegen den Verband ein. Jetzt bekam er in allen Punkten Recht. Als Landwirt darf er, richtige technische Installation vorausgesetzt, auch in Zukunft für Vieh, Garten, Toilette und Waschküche das Wasser aus dem eigenem Brunnen benutzen. Nur für Lebensmittel und Körperhygiene muss Wasser aus dem öffentlichen Netz verwendet werden.

Berufskollegen, die mit ihrem Wasserversorger Probleme haben, können sich wenden an Lutz-Uwe Kahn, Dorfstraße 31, 14728 Kleßen, Telefon (033235) 2 15 33 oder (0173) 6 49 47 23

BVVG-Flächen privatisieren und nicht endlos weiter verpachten Interview in Prignitzer/Uckermark-Kurier vom 10. September 2009

PR/UK: Landwirtschaftsminister Woidke hat erreicht, dass die Ausschreibung von Agrarflächen durch die BVVG vorerst gestoppt wurde. Warum halten Sie das für falsch?

Jung: Nächstes Jahr feiern wir zwanzig Jahre Wiedervereinigung, und die BVVG hat ihren Privatisierungsauftrag gerade mal zur Hälfte erfüllt. Ich frage mich, wie lange das noch so weiter gehen soll. Faktisch bedeutet der Ausschreibungsstopp eine Verlängerung der bestehenden Pachtverträge, und genau das bezweckt der Minister ja wohl. Dieselben, die die Flächen bereits seit 1990 haben, sollen sie offensichtlich bis zum Sankt-Nimmerleinstag behalten.

PR/UK: Schützt Ihrer Meinung nach der Minister die großen Agrarbetriebe?

Jung: In der Tat haben nach der Wende vor allem LPG-Nachfolgebetriebe die Flächen bekommen. Nur jeder dritte Privatbauer konnte mit der BVVG einen Pachtvertrag schließen. Die hohen Preise, die seit zwei Jahren bei den Ausschreibungen erzielt werden, gefallen uns zwar auch nicht, aber durch die Ausschreibungen hatte wenigstens jeder eine Chance. So wie sich der Minister das vorstellt, läuft es auf eine einseitige Bevorteilung der jetzigen Pächter hinaus.

PR/UK: Was schlagen Sie vor, gegen steigende Bodenpreise zu tun?

Jung: Die BVVG sollte das machen, was ihr Auftrag ist, nämlich privatisieren und nicht endlos weiter verpachten. Also die Flächen innerhalb von fünf Jahren komplett verkaufen, und zwar an ortsansässige natürliche Personen, maximal 15 Hektar pro Ausschreibung, maximal 150 Hektar pro Person. Was meinen Sie, wie gesund das wäre für unsere Agrarstruktur!

PR/UK: Wäre das nicht eine Diskriminierung bestimmter Käufergruppen?

Jung: Richtig. Benachteiligt würden Großindustrielle, Aktiengesellschaften und Investmentfonds, die zur Zeit auch auf dem Bodenmarkt unterwegs sind. Damit habe ich kein Problem, weil wir nicht deren Interessen vertreten. Außerdem finde ich es unlogisch, wenn der Staat einerseits Millionen in die ländliche Entwicklung steckt und andererseits so tut, als wäre es für den ländlichen Raum egal, wem der Acker gehört.

PR/UK: Aber warum sollte der Staat verkaufen, wenn verpachten für ihn wirtschaftlicher ist?

Jung: Die BVVG schreibt alternativ Verkauf und Verpachtung aus und vergleicht dann die höchste angebotene Pacht mit der Verzinsung des höchsten Kaufpreises. Dabei erscheint Pacht häufig wirtschaftlicher. Der Fehler bei diesem Vergleich ist, dass auf Seiten der Pacht die Verwaltungskosten nicht berücksichtigt werden. Die Mitarbeiter der BVVG kosten den Staat ja Geld. Und damit das immer so bleibt, wird munter weiter verpachtet. Der Apparat erhält sich selbst.

Pressemitteilung, 15. September 2009

Solidarität mit den Franzosen: Bauernbund-Vorstandsmitglieder kippen ihre Milch weg

Nachdem inzwischen fast die Hälfte der französischen Milchbauern ihre Lieferungen an die Molkereien eingestellt hat, nehmen die Solidaritätsbekundungen auch in Deutschland zu. "Ab heute kippe ich die Hälfte meiner Milch weg", sagt Jens Gerloff, Milcherzeuger aus Teetz in der Prignitz und Vorstandsmitglied im Bauernbund Brandenburg. 1.200 Liter wird er diese Woche jeden Tag in die Gülle laufen lassen. Sein Kollege Arnold Blum aus Glövizin in der Prignitz, ebenfalls im Bauernbund-Vorstand, liefert schon seit gestern überhaupt keine Milch mehr. "Wir wissen, dass wir nicht zum Milchstreik aufrufen dürfen", erklärt Blum: "Aber wir möchten ein Zeichen gegen die Resignation setzen." Jeder deutsche Bauer müsse selbst entscheiden, was er tut, ergänzt Gerloff: "Für mich ist es eine Frage der Berufsehre."

Seit Jahresanfang erhalten die Milchbauern knapp 20 Cent, deutlich unterhalb der Produktionskosten. Der Bauernbund und die Milcherzeugerorganisation BDM setzen sich für eine Begrenzung der Milchmenge ein, um bessere Preise zu ermöglichen. Alle dahingehenden Initiativen, insbesondere die Anträge der bayerischen Landesregierung auf Aussetzung von 5 % Milchquote, wurden bisher im Bundesrat abgeblockt, auch von Brandenburgs Agrarminister Woidke.

Pressemitteilung, 18. September 2009

Europa als Ausrede: Bauernbund wirft Agrarminister Woidke Untätigkeit vor

Die Argumentation des brandenburgischen Agrarministers Dietmar Woidke, zur Lösung der Milchmarktprobleme bedürfe es einer europäischen Lösung, stößt im Berufsstand auf heftige Kritik. "Europa ist nur eine Ausrede für die eigene Untätigkeit", wirft Bauernbund-Geschäftsführer Reinhard Jung dem Minister vor: "Brandenburgs Milcherzeuger können nicht warten, bis Woidke den letzten Rumänen überzeugt hat." Völlig absurd sei der Europa-Verweis angesichts der Zugeständnisse, die die EU-Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel gestern den nationalen Regierungen gemacht hat. Jung: "Es ist jetzt erlaubt, durch Strafabbgaben für Überlieferung sofort bis zu zwei Prozent der Milch vom Markt zu nehmen und damit die Überproduktion einzudämmen. Bundesministerin Ilse Aigner unterstützt diesen Weg, ich verstehe nicht, dass Woidke ihn nach wie vor blockiert."

Hinweis für die Presse: Unser Vorstandsmitglied Jens Gerloff, der aus Solidarität mit den streikenden belgischen und französischen Milchbauern jeden Tag 1.200 Liter Milch wegkippt, demonstriert gerade am Rande der Agrarministerkonferenz in Eisleben. Aktuell haben 300 Bauern mit 50 Schleppern den Tagungsort umstellt und wollen die Agrarminister nicht heraus lassen. Sie erreichen ihn mobil unter Telefon (0170) 5200555.

Herbsttreffen des Bauernbundes im Oderland am 27. Oktober 2009

13.30 Uhr: Besuch Landwirtschaftsbetrieb Zickerick, Ausbau 4, 15324 Groß Neuendorf (Acker – Schafe – Pensionspferde)

15.30 Uhr: Besuch Landwirtschaftsbetrieb Kalies, Loose 13, 15324 Ortwig (Acker – Mastschweine – Gemüse)

18.00 Uhr: Bauernstammtisch im "Märkischen Reiterhof", Vevaiser Weg 9, 16269 Schulzendorf: Diskussion über aktuelle agrarpolitische Themen

Zum Herbsttreffen sind alle Mitglieder und Freunde des Bauernbundes herzlich willkommen!